

Wohin geht die Reise?

Bundesdeutsche Aufgeregtheit zur neuesten EU-Forderung: Gesundheitsminister Bahr kündigt an, gegen den Vorstoß „Pflege nach 12 Jahren Schulbildung“ zu kämpfen. BÄK-Präsident Montgomery warnt vor der Überakademisierung.

Fakt ist, dass sich die EU-Kommission für eine Anhebung der Zugangsvoraussetzungen für die Pflegeausbildung von bisher 10 auf 12 Jahre allgemeine Schulbildung im Rahmen der Überarbeitung der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie ausspricht. Ziele der Berufsanerkennungsrichtlinie sind die Erleichterung der Mobilität von Berufstätigen, die Vergleichbarkeit der Berufsausbildungen auf europäischer Ebene sowie eine Modernisierung des Berufsrechts, damit die Berufe den Anforderungen aus dem Feld entsprechen. Die Kommission ist der Auffassung, dass neue berufliche Anforderungen für Pflegeberufe sowie Hebammen die Erhöhung der allgemeinen Schulbildung erforderlich machen. In Deutschland hat die Änderung der Richtlinie für einige Diskussionen gesorgt. Die Pläne der EU-Kommission bringen deutsche Politiker in den Bundesländern und bei der Bundesregierung auf die Barrikaden. Es wird befürchtet, dass Bewerber mit mittlerem Bildungsabschluss von den Pflegeberufen ausgeschlossen würden und sich so der Fachkräftemangel verstärke.

Am 18. Dezember hatte EU-Wirtschaftskommissar Michel Barnier in Brüssel Pläne vorgelegt, nach denen für Berufe der Gesundheits- und Krankenpflege und Hebammen künftig EU-weit eine zwölfjährige Schulbildung gefordert wird. Diese Forderung resultiert aus einer Empfehlung des Grünbuchs der Europäischen Kommission zur Überarbeitung der Berufsanerkennungsrichtlinie. In 24 der 27 EU-Staaten gilt diese Mindestvoraussetzung bereits. Tatsächlich haben außer Deutschland, Luxemburg, die Niederlande und Österreich bereits alle Mitgliedsstaaten die Zugangsvoraussetzung für die Pflegeausbildung auf 12 Jahre angehoben. In Österreich ist dies geplant. Lediglich Deutschland, Luxemburg und die Niederlande votieren gegen diese Voraussetzung. Im Ministerrat ist die Bundesregierung mit ihrer Position weitgehend isoliert, daher wurden im Januar die deutschen Verbände zu einem Treffen eingeladen. Hier wurde erläutert, dass es durchaus Äquivalenzregelungen zur Anerkennung einer 12-jährigen allgemeinen Schulausbildung geben könne, damit auf Bedürfnisse in den Staaten vor Ort eingegangen werden könne. 12 Jahre allgemeine Schulbildung bedeuten nicht ausschließlich Abitur oder Fachhochschulreife. Der Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens werde frühestens für Ende 2012 erwartet. Da es sich im Entscheidungsautomatismus der EU-Verträge von Nizza um eine Mehrheitsentscheidung handelt, ist zu erwarten, dass die drei EU-Mitgliedsstaaten überstimmt werden können. Eine wichtige Tatsache besteht darin, dass sofern Deutschland bei einem EU-Entscheid die Zugangsvoraussetzung nicht erhöhen würde, die Anerkennung von in Deutschland ausgebildeten Pflegefachkräften mit zehnjähriger Schulbildung im europäischen Ausland nicht mehr automatisch erfolgen würde und deutlich erschwert wäre (EU-Richtlinie EG 2005/36/EG). Eine weitere wichtige Information ist, dass es im Kommissionsvorschlag nicht um die Altenpflegeausbildung geht, da diese bundesdeutsche Besonderheit im EU-Raum keine eigenständige Pflegeausbildung mit der Möglichkeit gegenseitiger Anerkennung darstellt.

Kurz vor Weihnachten hat Daniel Bahr, derzeitiger Gesundheitsminister, in einem Interview mit der Saarbrücker Zeitung der Forderung der EU nach 12-jähriger allgemeiner Schulbildung als Zugangsvoraussetzung für die Pflegeberufe eine deutliche Absage erteilt. „Das ist das falsche Signal“, äußerte Bahr in der am 23.12.2011 erschienenen „Saarbrücker Zeitung“. Bahr: „Ich habe mich in Brüssel persönlich gegen diese Pläne gewehrt und werde das weiter tun. Kein Abitur für Pflegeberufe.“ Gesundheitsminister Bahr schloss sich der bereits geäußerten Kritik anderer deutscher Politiker quer durch alle Parteien an. „Wir müssen auch Haupt- und Realschülern die Möglichkeit geben, einen Pflegeberuf zu ergreifen“, sagte er der Zeitung. Weiter argumentierte er „Häufig kommt es mehr auf die soziale Kompetenz an als auf die Schulzeit.“ Bahr warnte vor einer Verschärfung des Pflegekräftemangels: „Wenn man den Zugang zu Gesundheits-



Katholischer
Pflegeverband e.V.

und Pflegeberufen von vornherein erschwert, wird es noch schwieriger, den ohnehin schon drohenden Fachkräftemangel auszugleichen.“ Auch der Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), Dr. Frank Ulrich Montgomery, kritisierte die EU-Pläne. In der Samstagsausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ warnte er vor einer „Überakademisierung“ des Pflegeberufs. „Nicht jede Krankenschwester muss die Hochschulreife besitzen“, sagte er der „Süddeutschen“. Die Kommissionspläne würden das Nachwuchsproblem bei Schwestern und Pflegern deutlich verschärfen. Als Lösung für Deutschland brachte Montgomery die Anerkennung der Vorschuljahre auf die Gesamtschulzeit ins Gespräch. Dies sei bereits in etlichen EU-Ländern üblich, weswegen diese Staaten auf eine durchschnittliche Schulzeit von 12 Jahren kämen.